

# Familieninitiative

Es gilt das gesprochene Wort.

Referat von Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE)

Die Volksinitiative "Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen" wurde im Juli 2011 mit rund 113 000 gültigen Unterschriften eingereicht.

## Wortlaut der Initiative

Die Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» hat den folgenden Wortlaut:  
Die Bundesverfassung Art. 129 Abs. 4 (neu) wird wie folgt geändert:

**Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, muss für die Kinderbetreuung ein mindestens gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.**

EVP PEV

Die Volksinitiative verlangt, in der Bundesverfassung den Grundsatz zu verankern, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, für die Kinderbetreuung einen mindestens gleich hohen Steuerabzug erhalten wie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen. Dazu soll in Artikel 129 der Bundesverfassung ein neuer Absatz 4 eingefügt werden.

## Ziel der Initiative

Die SVP will mit ihrer Volksinitiative, die Familie als Fundament der Gesellschaft stärken.

EVP PEV

Die SVP strebt mit ihrer Volksinitiative an, die Familie als Fundament der Gesellschaft zu stärken.

Zur Erfüllung dieses Zieles sollen Familien mit Kindern steuerlich entlastet werden.

Die SVP anerkennt, dass mit dem durch das Bundesgesetz vom 25. September 2009 über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern eingeführten Elterntarif im DBG und mit dem Kinderbetreuungsabzug im DBG und im StHG den Kinderkosten vermehrt Rechnung getragen wird.

Sie ist jedoch nicht damit einverstanden, dass vom neuen Kinderbetreuungsabzug nur jene Eltern profitieren können, die ihre Kinder fremd betreuen lassen während Eltern, welche die Aufgabe der Kinderbetreuung selber übernehmen, von diesem Steuervorteil ausgeschlossen bleiben.

Die SVP war in der damaligen Beratung dieses Abzugs in den eidgenössischen Räten mit ihrem Antrag gescheitert, den Betreuungsabzug allen Familien zugutekommen zu lassen.

Um alle Familien von diesem Betreuungsabzug profitieren lassen zu können, lancierte die SVP die Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen».

## Initianten: Keine Modell-Bevorzugung

Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder selber betreuen wollen oder ob sie sie fremdbetreuen lassen wollen.

EVP PEV

Die nach Meinung der SVP heute bestehende Diskriminierung der selber erziehenden Eltern soll dadurch wieder aufgehoben werden. Das Grundanliegen der Initianten: Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder selber betreuen oder fremd betreuen lassen wollen. Keine Form der Kinderbetreuung soll bevorzugt werden.

Wir haben heute Familien, bei denen ein Elternteil (meist der Vater) voll arbeitet während meist die Mutter zu 100% die Kinder betreut. Dann gibt es Familien, bei denen beide Teilzeit arbeiten und sich die Kinderbetreuung aufteilen. Und es gibt die Familien, bei denen beide zu einem grossen Teil berufstätig sind und die Kinder zeitweise fremdbetreut werden.

Laut Initianten werden die beiden ersten Kategorien benachteiligt, weil sie auf ein höheres Einkommen verzichten um ihre Kinder selber betreuen zu können. Sie benötigen keine Kita-Plätze, profitieren somit auch nicht von der Anschubfinanzierung des Bundes und können keinen Fremdbetreuungsabzug geltend machen. Wenn sie eine Putzhilfe anstellen um mehr freie Zeit für ihre Kinder zu haben, können sie das auch nicht abziehen.

Im Gegenzug dazu haben die Berufstätigen mit Fremdbetreuung ein höheres Einkommen. Sie bringen dem Staat dadurch mehr Steuern ein. Das Geld, das sie für die Kinderbetreuung einsetzen, steht ihnen nicht zur Verfügung und aus diesem Grund gibt es heute den Fremdbetreuungsabzug.

Die Initiative will nun, dass alle die Kinderabzüge in der Höhe des Fremdbetreuungsabzuges machen können. Dies jedoch wäre wiederum auf die andere Seite ungerecht.

Wie kommen wir aus diesem Dilemma hinaus? Wenn der Staat über genügend Finanzen verfügen würde, wäre die Erhöhung des Kindergeldes die fairste Lösung. Jeder könnte frei entscheiden, ob er das Geld in die familienexterne Kinderbetreuung investieren oder auf zusätzliche Einkommen verzichten und die Kinder selber betreuen möchte. Leider ist das noch Wunschdenken

An der Ratsdebatte beteiligten sich gegen 80 Votantinnen und Votanten, davon manche mehrmals. Alleine am ersten Tag dauerte die Beratung fast 5 Stunden. Auch Maja Ingold und ich hatten je einen Auftritt. Ich ganz am Anfang mit der Begründung meines eingereichten Rückweisungsantrages und Maja gegen Schluss der Debatte.

#### EVP Haltung im Nationalrat

Rückweisungsantrag Streiff:

Erhöhung der Kinderabzüge für alle.



Mit meinem Rückweisungsantrag habe ich vorgeschlagen, ein Modell auszuarbeiten, bei welchem die Kinderabzüge für alle erhöht werden. Wenn die Betreuungskosten nachweislich höher sind als dieser Abzug, sollen diese bis zu einem definierten Maximum - heute sind es 10 000 Franken - abziehbar sein.

Ein spezieller Fremdbetreuungsabzug würde nicht mehr namentlich erwähnt. Mein Rückweisungsantrag zielte ab auf einen Mittelweg zwischen der totalen Gleichbehandlung, wie sie die Initiative will, und der heutigen Situation, die als klare Bevorzugung von Eltern mit Fremdbetreuung der Kinder empfunden wird. Der Bundesrat sollte die Situation korrigieren und dabei über einen gewissen Spielraum verfügen, den ihm die Initiative im Fall einer Annahme nicht einräumt. Der Antrag wurde vom Rat haushoch abgelehnt.

#### EVP Haltung im Nationalrat

Initiative geht von veraltetem Familienbild aus und bemüht einen antiquierten Definitionssumpf.



Maja brachte ihre Ablehnung so auf den Punkt – ich zitiere:

„Hören wir doch besser auf mit dieser realitätsfernen Einteilung in Fremdbetreuung und Selbstbetreuung, mit diesem antiquierten Definitionssumpf! Diese Vorstellung rührt aus einer Zeit, wo Kinder, wenn sie schon in eine Krippe gehen mussten, die ganze Woche dort waren. Heute ist der Durchschnitt zwei Tage. Es ist doch nicht adäquat, die Trennlinie zwischen Selbst- und Fremdbetreuung bei der Kostenpflicht anzusetzen!“

Die Grossväter, Tanten und Nachbarinnen sind so fremd wie eine Tagesmutter oder eine Kleinkinderzieherin in der Kita. Auch diese betreuen die Kinder nur kurze Zeit im Verhältnis zu einer ganzen Woche, das heisst siebenmal Tag und Nacht.

Da bleibt den Eltern immer noch der grössere Teil Selbstbetreuung. Sogar bei Kindern, die fünf Tage pro Woche in der Kita sind, verbringen die Eltern noch gleich viel Zeit mit den Kindern selber. „ Zitat Ende.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen.

#### Schlussbemerkungen

- Initiative will Familien stärken
- Der vorgeschlagene Weg wird in Frage gestellt
- Regierung und Parlament empfehlen Ablehnung



Heute und morgen wachsen Kinder zunehmend so auf, dass sie teilweise in die Kita gehen, vor allem wo keine Geschwister vorhanden sind, und die meiste Zeit bei den Eltern sind.

Die einfache Unterscheidung in Selbst- und Fremdbetreuung so wie es die Initiative tut entspricht weitgehend nicht der Realität.

Um aber dem guten Teil dieser Initiative zum Durchbruch zu verhelfen, nämlich die Familienfreundlichkeit für alle zu heben, müsste man die Zulagen für alle Familien anheben.

Ständerat und Nationalrat haben die Initiative schliesslich zusammen mit dem Bundesrat abgelehnt. Der NR im Verhältnis von 60 zu 40 %

Ich persönlich habe mich der Stimme enthalten.

MERCI!

Danke für Ihre  
Aufmerksamkeit

